Klimaflüchtlinge als „Sicherheitsproblem“

Wolfgang Pomrehn *ist freier Journalist und Autor. Im September 2007 ist bei PapyRosa in Köln sein Buch „Heiße Zeiten – Wie der Klimawandel gestoppt werden kann“ erschienen.*

Der EU-Bericht zum Klimawandel

Die Risiken des Klimawandels sind real und seine ersten Auswirkungen sind bereits festzustellen.“ Mit diesen nüchternen aber aufrüttelnden Worten beginnt ein Bericht, der Anfang März 2008 von der EU-Kommission vorgelegt wurde.

Doch wer erwarten würde, dass nach dieser alarmierenden Warnung die europäische Automobilindustrie mit ihren überdimensionierte Spritschleudern an die Kandarre genommen oder ein sofortiger Baustopp für neue Kohlekraftwerke gefordert würde, der sollte zunächst nach dem Autor fragen. Das Papier wurde nämlich nicht unter der Ägide des Umwelt-Kommissars Stavros Dimas geschrieben. Es stammt vielmehr aus dem Hause des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union, Javier Solana, und für den ist der Klimawandel vor allem ein „Sicherheitsproblem“.

„Es ist wichtig festzustellen“, heißt es in dem Solana-Papier, „dass die Risiken (des Klimawandels) nicht nur humanitärer Natur sind, sie schließen auch politische und Sicherheitsrisiken ein, die direkte Auswirkungen auf europäische Interessen haben.“ Von den ersteren ist im weiteren nur hier und da in sehr allgemeiner Form die Rede, etwa wenn erwähnt wird, dass das Erreichen der UN-Milleniumsziele durch den Klimawandel erschwert, wenn nicht gar unmöglich wird. Diese Ziele hatte die UNO im Jahre 2000 auf einer viel beachteten Generalversammlung verabschiedet. Sie enthalten konkrete Zielvorgaben zur Bekämpfung von Armut und Hunger sowie zur Verbesserung der Grundbildung, Wasserversorgung und ähnlichem.

Detaillierte und ausführlicher wird das Papier hingegen, wo es um diese „europäischen Interessen“ geht. Anders ist es wohl auch nicht von Solana zu erwarten, der einst als NATO-Generalsekretär für den Krieg gegen Jugoslawien mitverantwortlich war. Ausdrücklich wird vor wachsenden internationalen Spannungen aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und Ressourcen gewarnt, und die Antwort darauf hat aus Sicht der EU-Kommission zumeist auch eine militärische Komponente. Das ist besonders alarmierend, wo es um die Aufteilung der Ansprüche in der Arktis geht. Dort haben alle Anrainer mit ihren jeweiligen Nachbarn Grenzstreitigkeiten, auch zum Beispiel EU-Mitglied Dänemark mit Kanada. Bisher spielten diese keine nennenswerte Rolle, aber das wird sich in den nächsten Jahren ändern, wenn das Meereis weiter zurückgeht und die vermutlich reichen Erdöllagerstätten vor den Küsten Sibiriens und Nordamerikas zugänglich werden.

Verantwortung wird nicht übernommen

Bemerkenswert ist, dass das Papier relativ ausführlich und konkret die Gefahren beschreibt, die vor allem den ärmeren Ländern in Afrika, der Karibik und in weiten Teilen Asiens drohen. So wird der ganze Mittelmeerraum zum Beispiel unter erheblicher Verknappung der Süßwasservorräte zu leiden haben. Je länger mit der Reduktion der Treibhausgasemissionen gewartet wird, desto schwerwiegender wird der Wassermangel werden. (Ein Zusammenhang, den das Solana-Papier nicht erwähnt.) In den meisten Staaten sind Städte und Dörfer an den Küsten durch den steigenden Meeresspiegel in Gefahr, und das ist alles andere als eine Kleinigkeit: Ein Fünftel der Menschheit lebt in den Küstenregionen und manche sind, wie das Nildelta oder das Mündungsgebiet des Ganges in Bangladesch gefährlich niedrig. Einigen Inselstaaten droht gar der vollständige Untergang.

Das Kommissionspapier weist auf all das richtiger Weise hin, fragt jedoch nicht

Klimawandel: Hilfswerke verständigen sich auf Zusammenarbeit Verdoppelung der klimabedingten Naturkatastrophen – Vorsorge vor Katastrophen die größte Herausforderung

Bonn, 14. Februar 2008. Der Klimawandel verändert die gesamte humanitäre Hilfe. Darauf haben Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe am Donnerstag auf der gemeinsam veranstalteten Klimakonferenz „Klimawandel und Katastrophenvorsorge" hingewiesen. Die Häufigkeit und Intensität von klimabedingten Überschwemmungen, Dürren und Erdrutschen nehme jährlich zu und habe sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt.
Die beiden christlichen Hilfswerke verständigten sich auf eine noch engere Zusammenarbeit bei dem Thema.
Durch Anpassung an den Klimawandel können Schäden verhindert werden. Besonders auf Nothilfeorganisationen wie die Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas international, die bereits im Bereich der Katastrophenvorsorge aktiv sind, kommt daher in Zukunft eine Schlüsselrolle zu. „Unsere Partner in den Entwicklungsländern fragen uns, was wir im Norden als Hauptverursacher des Klimawandels dafür tun, die Treibhausgase zu reduzieren und für die Schäden unseres Handelns aufzukommen. Es geht deshalb nicht mehr allein um Barmherzigkeit und Nächstenliebe, sondern auch um unsere Verpflichtung zur Schadensbegrenzung und um Gerechtigkeit, d.h. um Kompensation für Schäden, die von uns verursacht worden sind", erklärten Oliver Müller (Leiter Caritas international) und Cornelia Füllkrug-Weitzel (Direktorin der Diakonie Katastrophenhilfe).
Angesichts der prognostizierten Zunahme von klimabedingten Katastrophen ist eine Bündelung der Kräfte wichtig, um der Größe der Herausforderung zu begegnen. Darum wollen die beiden Organisationen in Zukunft auf fachlichwissenschaftlichem Gebiet eng zusammenarbeiten, gemeinsam Klimaschutz- und Klimapräventionsprojekte durchführen, gemeinsam Partner schulen und sie zum gegenseitigen Austausch zusammenbringen.
Beide Organisationen können auf eine lange Erfahrung in der Katastrophenhilfe und Katastrophenvorsorge zurückblicken. Sie verfügen in allen vom Klimawandel bedrohten Regionen über ein dichtes Netz von Partnerorganisationen, deren Mitarbeitende sich in der Regel aus der lokalen Bevölkerung rekrutieren, die Lebensumstände und Nöte der Menschen aus nächster Nähe kennen und am besten mit ihnen gemeinsam Art und Umfang der benötigten Hilfe bestimmen können. „Wir dürfen mit Maßnahmen der Katastrophenvorsorge nicht länger warten, wollen wir nicht Gefahr laufen, dass „es zu spät ist", appellierten Füllkrug-Weitzel und Müller.

Weitere Informationen zur Klimatagung: www.diakonie-katastrophenhilfe.de/tagung und www.caritas-international.de/klimakonferenz

nach der Verantwortung, stellt zum Beispiel nicht die Frage, wer die Klimaflüchtlinge aufnehmen soll, wer den Bürgern der Inselstaaten einen Ersatz für ihr verlorenes Territorium gibt. Statt dessen ist vom „wachsenden Migrationsdruck" auf Europa die Rede. An der aktuellen Anti-Flüchtlingspolitik der europäischen Regierungen lässt sich ohne weiteres ablesen, welche Antworten Solana und der Kommission vorschweben: Weitere Militarisierung der südlichen Grenzen, Ausbau der Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten, damit diese, wie zum Beispiel Libyen, den Europäern die Drecksarbeit abnehmen.

Überfüllte Haftanstalten für Flüchtlinge

Die internationale Organisation „Fortress Europe", die seit Jahren gegen die mörderischen Zustände an den EU-Außengrenzen Sturm läuft, hat im November 2007 einen Bericht über Haftanstalten für Migranten in Libyen erstellt. 20 davon gäbe es, drei finanziert mit italienischem Geld. Die Inhaftierten werden entweder im Land aufgegriffen oder aus der EU-Staaten nach Libyen abgeschoben.

Die Autorinnen und Autoren zitieren einen ehemaligen Insassen des Gefängnisses in Kufrah, das im Südosten, tief in der Wüste liegt: „Wir waren mindestens 700, 100 Äthiopier, 200 Eritreer und 400 Sudanesen. Wir schliefen auf dem Boden, einer über dem anderen, weil es keinen Platz gab. Wir aßen einmal am Tag: 20 Gramm Reis und eine Brotstange, gegen Bezahlung." Die Zellen seien etwa 48 bis 50 Quadratmeter groß und mit 20 bis 78 Gefangenen belegt. Zum Teil müssen diese monatelang ohne Ausgang in diesen Löchern leben, die tagsüber unerträglich und Nachts oft empfindlich kalt sind, verseucht mit Krätze, Läusen und Tuberkulose.

Spannungen sind absehbar

Aber das wird erst der Anfang sein, wenn die EU ihre Einwanderungspolitik nicht radikal ändert und nicht für die Schäden aufkommt, die Europas Industrialisierung in Form des Klimawandels anderswo anrichtet. Die Hilfsorganisation „Christian Aid" schätzt in einem im Mai 2007 veröffentlichtem Bericht, dass bis 2050 eine Milliarde Menschen durch die Folgen der Klimaveränderungen zum Verlassen ihrer jeweiligen Heimat gezwungen werden könnten. Die meisten davon würden zu so genannten Binnenflüchtlingen werden, und zwar in Ländern, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Welche dramatischen Ausmaße das selbst in einem der reichsten Staaten annehmen kann, konnte die Weltöffentlichkeit im August 2005 verfolgen, als der Hurrikan Katrina New Orleans traf.

Die Mehrzahl der Katrina-Opfer lebt heute über verschiedene US-Bundesstaaten verstreut, und ihre Rückkehr scheitert nicht am Verlust des Landes, sondern an mangelnder Unterstützung. In andern Fällen wird jedoch künftig definitiv Land verloren gehen und die betroffenen Staaten werden nicht mehr in der Lage sein, ihre Bürger anderweitig unterzubringen. Zum Beispiel Bangladesch: Eine Greenpeace-Studie geht davon aus, dass aus den tiefliegenden aber dicht besiedelten Küstenregionen 75 Millionen, rund die Hälfte der Einwohner des Landes, durch den Anstieg des Meeresspiegels und durch tropische Stürme vertrieben werden könnten. Diese würden wohl kaum in anderen Teilen Bangladeschs eine menschenwürdige Unterkunft finden und müssten in den Nachbarländern angesiedelt werden. Spannungen sind absehbar und werden nur dann im Rahmen gehalten werden können, wenn es gelingt, die in den Industriestaaten sitzenden Verursacher der Misere, für die angerichteten Schäden zur Kasse zu bitten.